

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H.
Hauptstadt-Dresden, Postfach 25241.
Für den Abdruck: 2001.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Umgebung bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 30,-
oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 40,-
Die 10 tägige 30 mm breite Seite M. 2,-, außerhalb Sachsens M. 11,- Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10 tägige An- und Ver-
kauf 2,-, Nachh. Vorzugspolize laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen
Vornahmegebühr. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsführer:
Hauptstadt-Dresden, Postfach 38/40.
Druck u. Verlag von Neßke & Neßke in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Verbreitung nur mit drucklicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Schlachthofring 7 + Wettinerstr. 56, Großmarkthalle + Eliasplatz 3 + Kaiserstr. 11 + Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Innerpolitische Beruhigung.

Berlin, 3. Aug. Von der Regierung wird die Lage im Reich sehr, wie wir hören, dahin beurteilt, daß sich bereits eine große Entspannung zeigt und ein Ausdehnen der parteipolitischen Gegensätze bemerkbar wird. So ist es auch zu erklären, daß der Reichsverkehrsminister Gröner Berlin verlassen konnte, um wegen der Umbenennung der Eisenbahn-Generaldirektionen in Reichsbahn-Direktionen, gegen welche ein Protest der Länder erhoben wurde, zu verhandeln.

Von einem Führer des Zentrums wird uns mitgeteilt, daß die Unterführung der Reichsregierung durch alle Parteien der Beginn eines innerpolitischen Ausleiches sei. Besonders bemerkt wird, daß die deutschnationalen ebenfalls sich für die Regierungspolitik erklärt haben. Man schließt deshalb in den Koalitionsparteien daraus, daß die deutschnationalen eine Änderung ihrer bisherigen Haltung vornehmen wollen und daß es vielleicht im Herbst möglich sein werde, sie in die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen. Von deutschnationaler Seite wird uns dagegen versichert, daß die Haltung der deutschnationalen zu der Politik der Regierung nicht in ihrer Weise aufzufassen sei, als ob die Partei eine Änderung ihrer bisherigen Politik vornehmen wolle. Im Gegenteil habe die Erklärung des Reichskanzlers die alte Behauptung der deutschnationalen bestätigt, daß die Erfüllungspolitik nicht ausreicht erhalten werden könne, und deshalb bleiben die deutschnationalen durchaus konstant, wenn sie sich bereit erklärten, die Regierung zu unterstützen, falls diese mit Entschlossenheit die weitere Expansionspolitik Frankreichs ablehnt.

Zum Schutze der Republik.

Berlin, 4. Aug. Der preussische Minister des Innern und der Finanzminister haben Verfügungen erlassen, in denen es heißt: 1. Die früheren monarchischen Hoheitszeichen der Außenstellen, sowie im Innern sämtlicher staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, Diensträume, sowie alle anderen dem Publikum zugänglichen oder sichtbaren, als amtlich gekennzeichneten Stellen, z. B. Wappentafeln, Meilensteine, Grenzsteine und Schilder, sind unverzüglich zu entfernen. Ausnahmen hiervon sind nur bei Bauwerken in solchen Fällen zulässig, in denen die Befestigung der früheren Hoheitszeichen nicht ohne Zerstückung des besonderen Kunstwertes möglich ist. 2. Bilder, Plakate, Statuen oder andere Darstellungen des letzten preussischen Königs, seiner Ehefrau, seiner Widmutter oder seiner Abkömmlinge sind von sämtlichen in Nr. 1 bezeichneten Stellen zu entfernen. (W. I. B.)

Der Reichspolitminister Giesberts wendet sich nach der „Post. Ztg.“ an die Beamtenschaft der Postverwaltung mit einem Erlasse, in dem er auf eine Reihe von Beschwerden hinweist, daß trotz aller Verwaltungsanordnungen auf Posthauswänden, Siegeln und Verschlusmarken, Stempeln, Vorbruden usw. die Hoheitszeichen der früheren Staatsform entweder gar nicht oder nur ungenügend gelistet worden sind. Die Beamten werden aufgefordert, die erangenen Vorschriften genau zu beachten und mit größter Sorgfalt alles zu vermeiden, was als „Widerstand gegen republikanische Einrichtungen“ gedeutet werden kann.

Amerika gegen die Balfour-Note.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Washington, 3. Aug. Die amerikanische Presse beschäftigt sich eingehend mit der Note Balfours über die Frage der interalliierten Schulden. „New York Times“ schreibt: Lord Balfour ist sicherlich ein Spielkünstler, aber trotz der Geschicklichkeit, die er in seiner Note aufweist, wird diese in den Ohren der Amerikaner nur unangenehm klingen. Das Blatt sagt hinzu, daß die Haltung Amerikas in Bezug auf die Annulierung der Schulden noch nicht genügend geklärt ist. Die „New York World“ ist der Meinung, daß die Ablehnung der Note Balfours ein Fehler war. Dieser neue Frontwechsel Lloyd Georges, meint das Blatt, werde nicht ernst genommen werden. Der englische Premierminister hat seine Meinung geändert und kann diese Meinung immer wieder ändern. Der „New York Herald“ glaubt, daß die englischen Diplomaten ihre Politik nach dem augenblicklichen günstigen Winderichten, wie es ihre Gewohnheit sei.

London, 3. Aug. Das Schatzamt teilt amtlich mit, daß die Note Balfours das Verhalten der Vereinigten Staaten in der Frage der Auslandsschulden nicht ändern wird. (W. I. B.)

Newport, 4. Aug. Halbamtlich wird die Derabsetzung der alliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten auf die Hälfte angesetzt, da eine völlige Streichung angesichts der Volkstimmung unmöglich ist.

Die Absichten der griechischen Regierung.

Athen, 3. August. In griechischen Regierungskreisen wird die im Ausland verbreitete Nachricht über eine bevorstehende Regierungskrise auf das entschiedenste dementiert. Es wird betont, daß die Regierung im Begriffe stehe, ihren Aktionsplan durchzuführen, und das geschähe planmäßig. Die griechische Regierung habe niemals die Absicht gehabt, eine europäische Krise herbeizuführen, sondern vielmehr die Weltmächte zu einer baldigen Lösung der Orientfrage zu veranlassen.

Das griechische Kabinett hat beschlossen, eine neue Note an die Alliierten zu richten, in der erklärt wird, daß die Befreiung von Konstantinopel eine absolute Notwendigkeit für Griechenland sei, wenn man der gegenwärtigen unheilvollen Lage ein Ende bereiten wolle.

Die Rechtskoalition in Bayern vollzogen.

Die Schlüsselung des bayerischen Landtags.

Von unserem Sonderberichterstatter.
München, 4. August. Die letzte Sitzung des bayerischen Landtags vor den Ferien wurde heute um eine Stunde verschoben, weil der Abschluß der Koalitionsverhandlungen vollzogen wurde. Gleich zu Beginn der Sitzung teilte dann der Landtagspräsident mit, daß der Ministerpräsident den Oberregierungsrat Gurrner vom Justizministerium zum Justizminister ernannt habe. Da sich im Landtage kein Widerspruch erhob, ist die Ernennung vollzogen. Damit sind die Koalitionsverhandlungen nach rechts abgeschlossen. Regierung und Koalition sind nach rechts erweitert, und zwar um die Bayerische Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei. Die bayerische Regierungskoalition setzt sich jetzt also aus der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Mittelpartei (deutschnational) und der Deutschen Volkspartei, sowie aus dem Bayerischen Bauernbund zusammen. Die Demokraten sind nicht in der Opposition, sondern wollen wohlwollende Neutralität bewahren. Die Demokraten scheinen der Austritt aus der Koalition schon zu reuen, denn in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird eine Zuschrift veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die Demokraten erklären, sie seien nicht ausgeschlossen, sondern hinausgedrängt worden, weil sie vor eine vollendete Tatsache durch die Bayerische Volkspartei gestellt wurden und keinerlei Verhandlungen mehr möglich waren. Das Handelsministerium bleibt vorerst noch provisorisch befehligt. Ob die Bayerische Volkspartei einen eigenen Handelsminister noch bestimmen wird, wird sich erst in der nächsten Woche zeigen.

Die Berlin-Reise Graf Verchenfelds.

Berlin, 4. Aug. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist es noch nicht sicher, ob der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld bereits am Sonnabend in Berlin eintrifft. Es wird damit gerechnet, daß Graf Verchenfeld seine Abreise nach Berlin um einen Tag verschiebt und erst am Sonntag eintrifft.

Die neue bayerische Koalition für die Kleinrentner.

München, 4. Aug. Die neue Koalition im bayerischen Landtag hat sofort einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der dahin geht, daß der Landtag nicht auseinandergehen darf, ehe er die erbarmernde Angelegenheit und das traurige Los einer Bevölkerungsklasse gemildert hat, die durch die katastrophale Geldentwertung in fürchterliche Not geraten sind. Der Antrag verlangt Anwendung des Umlagegesetzes an die Vermögen der Armen, ausgiebige Mittel zur Unterstützung von Kapital Kleinrentnern, eine öffentlich-rechtliche Kapitalrentenversicherung, Sonderabgabe von hohen Gewinnen für öffentliche Wohlfahrtspflege. Die bayerische Regierung soll sofort 25 Millionen Mark auf raschem Wege an die Bedürftigen auszahlen. Ferner ruft der Antrag alle bestehenden Kreise zur freiwilligen Hilfeleistung auf und verlangt von der Regierung und den Selbstverwaltungskörperschaften, daß sie für öffentliche Sammlungen eintreten.

Die wirklichen Pläne Poincarés noch nicht bekannt.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 3. August. Die Note Poincarés, in der Reparationsforderungen für den Fall vorgezeichnet sind, daß Deutschland bis zum 5. August den Forderungen der französischen Regierung nicht nachgegeben hat, hat eine ganze Reihe von Vermutungen über die Art dieser Vergeltungsmahregeln hervorgerufen. Aus offizieller französischer Quelle wurde dem Korrespondenten der „Gazette“ erklärt, daß alle bisher verbreiteten Nachrichten über die Einzelheiten dieser Maßnahmen aus der Luft gegriffen sind. Es ist keinem Blatt bis zur Stunde zuverlässiges über die Absichten Poincarés mitgeteilt worden. Man sagt hinzu, daß die große Mehrzahl dieser Nachrichten weitläufig übertrieben ist und möglicherweise bestimmten Vorzwecken dient. Insbesondere war keine Bestätigung darüber zu erhalten, daß die Angaben des „Journal“ über die Pläne Poincarés auf ernst zu nehmenden Informationen beruhen.

Die Antwort der Reichsregierung.

Berlin, 4. August. Heute vormittag ist das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammengetreten, in der die Reparationsfragen besprochen werden. Bis zum Mittag war die Reichsregierung noch zu keinem Beschluß hinsichtlich einer Antwort der Poincaréschen Note gelangt. Man nimmt aber als sicher an, daß die Regierung, wenn vielleicht auch nicht in Form einer Antwortnote, so doch in Form einer besonderen Kundgebung aus dem Munde des Reichskanzlers Poincarés eine Antwort erteilen wird, die seinen Zweifel an ihrer ablehnenden Stellung läßt und betont, daß die Regierung keineswegs von sich aus das Londoner Ausgleichsabkommen für aufgehoben ansieht, aber auf einer einheitlichen Entscheidung ihres Bundestages beruht. Die Reichsregierung dürfte aus demselben Grund, daß sie sich einer anderweitigen möglichen Forderung der Zahlungen nicht verschließen würde.

man hat eine feindlich gesinnte, die die Gefahr eines neuen Marksturzes nach sich ziehen könnten.

Französische Menschenjäger.

Das „B. Z.“ berichtet aus Pábeda von einer verurteilten gewalttätigen Forderung für die Fremdenlegion. Ein Landwirt wurde in der Nähe des Goldentores von einem jugendlichen Herrn angesprochen, der ihm plötzlich ein Tuch mit einem Markstift unter die Nase hielt. Der Ueberfallene verlor die Besinnung und erwiderte erst wieder in Dinsburg. Kupfer ihm hatten noch vier andere deutsche Männer dieselbe Schicksal zu teilen. Sie wurden unter starker Bewachung nach Kreisfeld transportiert und dort auf ihre Tauglichkeit für die Fremdenlegion untersucht. Während die anderen vier für tauglich befunden wurden, wurde der Landwirt als untauglich völlig mittellos fortgeschickt.

Der Vorfall ist so unerhört, daß zur Erlangung einer anspruchsvollen Fühne die härtesten Gebot in Bewegung gesetzt werden müssen.

Die Ernteausichten.

Berlin, 4. August. Das „B. Z.“ gibt die Unterhaltung eines seiner Vertreter mit einer, wie es angibt, maßgebenden Persönlichkeit der deutschen Landwirtschaft wieder. Danach sollen die Aussichten der diesjährigen Ernte nicht ganz so ungünstig sein, wie dies zuerst den Anschein hatte. Die Ernte wird an die des Vorjahres wohl nicht ganz heranreichen, doch könne, falls nicht noch ungewöhnlich ungünstige Witterungsverhältnisse eintreten, mit einer befriedigenden Roggen- und Weizen-ernte gerechnet werden. Bei Weizen allerdings wird die Ernte wesentlich geringer als im Vorjahr sein, doch sei im günstigsten Falle mit einer knappen Mittelernte zu rechnen. Der Stand der Sommergerste wird als befriedigend angesprochen. Dagegen ist die Aussicht für die Winterernte in ganz Deutschland ungünstig. In Preußen wird sie durchweg unter mittelmäßig bezeichnet. Besser seien die Aussichten im Freistaat Sachsen, Baden, Württemberg, Franken und der bayerischen Pfalz. Die Kartoffelbauverhältnisse seien gegenüber dem Vorjahre etwas erweitert worden. Der Stand der Kartoffelfläche werde allgemein als günstig beurteilt, so daß mit einer guten Kartoffelernte zu rechnen sei, vorausgesetzt, daß die Witterung nicht unnormal verlaufe. Geringer muß wiederum der Stand der Futterpflanzen als wenig günstig bezeichnet werden.

Dollar (Amtlich): 762

Die Londoner Konferenz.

Noch keine endgültige Regelung.

London, 4. August. Alle Vorbereitungen für die am Montag beginnende Konferenz sind bereits getroffen. Lord George wird den Vorsitz führen, und außer dem Ministerpräsidenten Balfour werden auch Schatzminister Sir Robert Horne und aller Voraussicht nach auch der Kriegsminister Evans an den Verhandlungen teilnehmen. Die erste Verhandlung soll Montag vormittag um 11.30 Uhr stattfinden. In englischen politischen Kreisen hofft man nunmehr, daß die Zusammenkunft den Weg für eine umfassende Konferenz ebnen werde, an der auch Amerika teilnimmt, um die allgemeinen Fragen der Alliierten-Schuld und der Reparationen zu diskutieren. Soweit auf der Tagung in London Entscheidungen gefällt werden sollten, dürften sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf das von Deutschland erbetene Moratorium beschränken und die Garantienmaßnahmen, die von Deutschland verlangt werden sollen, sowie auf die Prüfung der Frage, ob es angebracht ist, das Bankierkomitee sofort wieder einzuberufen. Man nimmt an, daß der erste Punkt der Tagesordnung das deutsche Geiseln einer Neuregelung der Ausleihungssatzung sein wird. Unbestimmt ist es noch, ob der amerikanische Botschafter als Beobachter der Konferenz betwohnen werde.

London, 4. August. Die Blätter berichten, daß die am 7. August stattfindende Londoner Besprechung zwischen den Vertretern der vier alliierten Mächte nur als Vor-Konferenz für eine allgemeine Konferenz zu betrachten ist. Bei den Beratungen am 7. August handelt es sich nur um die Frage, was die Reparationskommission bezüglich des am 15. August fälligen Termins an Deutschland antworten soll. Es verläutet, daß auf der Vor-Konferenz überhaupt nicht lange diskutiert werden wird, da das Moratorium an Deutschland auf einen Monat verlängert werden soll, bis die Hauptkonferenz eine Entscheidung getroffen hat. Diese soll ebenfalls im Monat August und zwar in Paris stattfinden.

Italiens Ablehnung französischer Sanktionen

Paris, 4. August. Der italienische Botschafter Graf Forza hat gestern eine Unterredung mit Poincarés, in der er ihm die Gesichtspunkte der italienischen Regierung darlegte, die auf der Konferenz zum Ausdruck gelangen sollen. In der Frage der Ausleihungszahlungen sei die italienische Regierung in gewisser Beziehung nicht interessiert, da die italienischen Forderungen in Deutschland durch die Forderungen Deutschlands in Italien ungefähr ausgeglichen seien. Außerdem sei Italien jeder Art von Repressalien...